

## Empfehlungen der Expertenkommission zur Zukunft der BStU

Am 12. April 2016 erfolgte die Übergabe des Abschlussberichts der Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) an Bundestagspräsidenten Norbert Lammert.

Sigrid Hupach hat dazu gemeinsam mit Stefan Liebich, Mitglied im wissenschaftlichen Beratergremium der BStU, eine Pressemitteilung veröffentlicht: [http://www.sigrid-hupach.de/fileadmin/btw2013hupach/dokumente/160412\\_0330\\_stasiunter\\_sh.pdf](http://www.sigrid-hupach.de/fileadmin/btw2013hupach/dokumente/160412_0330_stasiunter_sh.pdf)

Die LINKE hat die Empfehlungen als „Schritt in die richtige Richtung“ begrüßt, die keineswegs als ein „Schlusstrich“ zu deuten sind, wie dies Hildigund Neubert behauptet hat. Sie trägt als einziges Mitglied in der 14-köpfigen Kommission den Bericht nicht mit.

Die Kommission empfiehlt u.a. Folgendes:

- Die Unterlagen sollen an ihrem bisherigen Platz bleiben und weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich sein, aber unter das Dach des Bundesarchivs kommen.
- Bis das Bundesarchivgesetz grundlegend überarbeitet wird, gilt für die Unterlagen das bisherige Stasiunterlagengesetz weiter.
- Dass die Akten dem Bundesarchiv zugeordnet werden, heißt auch, dass sie nicht nur konservatorisch besser erhalten werden können, sondern vor allem auch archivalisch professioneller betreut und aufgearbeitet werden können.
- Aus dem bisherigen Beauftragten soll eine Art Ombudsmann für die Belange der Opfer werden, der ihre Interessen auf nationaler und internationaler Ebene vertritt.
- Davon unberührt sind die in den Ländern installierten Beauftragten.
- Von den bisherigen Außenstellen soll bundesseitig jeweils eine pro Bundesland erhalten bleiben – den Ländern steht frei, weitere zu erhalten und selbst zu finanzieren.
- Aus der Normannenstraße soll eine Gedenkstätte mit pluraler Nutzung werden, für die die Gründung einer eigenständigen Stiftung vorgeschlagen wird – vermutlich mit dem Namen „Diktatur und Widerstand – Forum für Demokratie und Menschenrechte“.
- Die bisherigen Mieter sollen bleiben, neu hinzu kommen soll das Robert-Havemann-Archiv, es soll Ausstellungen und ein Bildungszentrum geben.
- Die Kommission empfiehlt, die Gedenkstätte Hohenschönhausen langfristig mit der Stiftung zur Normannenstraße zu fusionieren.
- Die Stiftung soll zunächst mit der Stiftung Aufarbeitung kooperieren und ggf. zusammengelegt werden.
- Auf dem Gelände soll eine Forschungsstelle eingerichtet werden. Der vorgeschlagene Titel lautet: „Forschungsstelle DDR-Staatssicherheit in vergleichender Perspektive“
- Hier sieht DIE LINKE vor allem Korrekturbedarf bei der Definition der Aufgabe und der Konzentration auf „kommunistische Geheimdienste“ und könnte sich auch eine Bearbeitung des gesamten Spannungsverhältnisses von Überwachung, Geheimdienst und Demokratie vorstellen.

Die Koalition wird nun diskutieren, wie sie mit den Empfehlungen umgeht. Es soll nach Möglichkeit noch vor der Sommerpause ein Artikelgesetz zur Umsetzung geben.

Der Bericht sowie die ihm zugrundeliegenden Stellungnahmen sind im Internet zu finden unter: <https://www.bundestag.de/bundestag/gremien18/bstu/bericht/417512>

Am 27. April 2016 wird es im Ausschuss für Kultur und Medien ein öffentliches Fachgespräch zu den Empfehlungen geben. Die Einladung inkl. der Liste der geladenen Sachverständigen gibt es hier: [http://www.bundestag.de/blob/419522/3a177add53cd0878b5587cd9fd053283/a22\\_to57-data.pdf](http://www.bundestag.de/blob/419522/3a177add53cd0878b5587cd9fd053283/a22_to57-data.pdf)

### **Kulturgutschutzgesetz**

Am 13. April 2016 fand eine dreistündige öffentliche Anhörung im Ausschuss für Kultur und Medien zum Regierungsentwurf für ein neues Kulturgutschutzgesetz statt, die angesichts der aufgeregten und in großen Teilen überhitzten Debatte der letzten Monate erstaunlich unaufgeregt verlief.

Der Gesetzentwurf war im Februar ins Parlament eingebracht worden. Sigrid Hupach hat dazu im Plenum gesprochen und das Anliegen des Gesetzes ausdrücklich unterstützt, den illegalen Handel mit geraubten Antiken zu unterbinden. Auch die generelle Unterschützstellung öffentlicher Sammlungen wird von uns unterstützt, sehen wir darin doch eine entscheidende Stärkung der Museen und Galerien als Bildungsorte. Allerdings: aus dem Etikett „national wertvolles“ oder „identitätsstiftendes“ Kulturgut müssen auch verbindliche Ableitungen für den Schutz und Erhalt sowie auch für die öffentliche Zugänglichmachung getroffen werden. [http://www.sigrid-hupach.de/fileadmin/btw2013hupach/dokumente/20160218\\_Hupach\\_Rede\\_Kulturgutschutzgesetz\\_steno.pdf](http://www.sigrid-hupach.de/fileadmin/btw2013hupach/dokumente/20160218_Hupach_Rede_Kulturgutschutzgesetz_steno.pdf)

Zur Anhörung waren nun 14 Sachverständige eingeladen, Stellung zu einem 32 Fragen umfassenden Katalog zu beziehen. Die schriftlichen Ausarbeitungen sind ebenso wie die nicht angeforderten Stellungnahmen zum Fragekatalog auf der Homepage des Ausschusses einsehbar: [http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a22/oeffentliche\\_sitzungen/neuregelung-des-kulturschutzrechts/417456](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a22/oeffentliche_sitzungen/neuregelung-des-kulturschutzrechts/417456)

[Fragekatalog (1. Link), angeforderte Stellungnahmen (2. Link), nichtangeforderten Stellungnahmen (3. Link)]

Und diesem Link gibt es eine Zusammenfassung der Anhörung sowie den Mitschnitt: <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a22/kw15-pa-kultur-medien/416266>

DIE LINKE hatte die Möglichkeit, sechs Fragen zu stellen, und bezog sich dabei vor allem auf die Komplexe Sachverständigenausschüsse, Internetportal zum Kulturgutschutz, generelle Unterschützstellung und Möglichkeit zum "Entsammeln", Aufbewahrungsfristen sowie schwerpunktmäßig die Besonderheiten der naturwissenschaftlichen Sammlungen.

Das Gesetz soll nach Möglichkeit noch vor der Sommerpause verabschiedet werden, DIE LINKE wird in Kürze entscheiden, ob und in welcher Form wir parlamentarisch aktiv werden.

### **Freiheits- und Einheitsdenkmal**

Am 13. April 2016 fiel die – überraschende – Entscheidung im Haushaltsausschuss, das Freiheits- und Einheitsdenkmal zu kippen. Vor kurzem war noch verkündet worden, dass das Land Berlin nun endlich die Baugenehmigung erteilt hätte und im Haushaltsausschuss nun die Freigabe der Mittel für die nächsten Schritte beantragt werden sollen.

Das Bundesfinanzministerium hatte Anfang April von erheblichen Kostensteigerungen berichtet, statt 10. Mio. Euro waren bereits 14,4 Mio. im Gespräch – noch bevor die eigentlichen Bauarbeiten begonnen haben.

Für die Haushälter der Koalition war dies Anlass genug, die Reißleine zu ziehen und einen Antrag einzubringen, das Projekt „Freiheits- und Einheitsdenkmal“ zu stoppen. Dieser wurde von den Haushältern einstimmig angenommen.

Sigrid Hupach hat in ihrer Pressemitteilung deutlich gemacht, dass diese Entscheidung nicht nur fiskalisch, sondern auch kulturpolitisch vernünftig ist: <http://www.sigrid-hupach.de/fileadmin/btw2013hupach/dokumente/Freiheits- und Einheitsdenkmal 13.04.2016.pdf>

DIE LINKE hat das konkrete Vorhaben von Beginn an kritisiert, wegen des wenig demokratischen Entstehensprozesses, der inhaltlichen Überfrachtung, des Standorts und natürlich auch wegen der grundsätzlichen Frage, ob ein zentrales Denkmal die richtige Form des Erinnerns und Gedenkens an 1989/90 ist.

Da die Koalition über den Haushaltsausschuss hinaus offenbar nicht einer Meinung zu sein scheint (der Pressemitteilung der BKM ist dies z.B. zu entnehmen), ist gegenwärtig nicht ganz klar, wie es weitergehen wird.

DIE LINKE prüft, ob und wie wir die – öffentliche – Debatte befördern können, welche Formen für das Gedenken an 1989/90 angemessen wären und wofür man die eingestellten Mio. verwenden könnte.

### **Antrag „Kultur macht stark“**

Am 11. Mai 2016 wird es in einer gemeinsamen Sitzung des Bildungs- und des Kulturausschusses eine Anhörung zu „Kulturelle Bildung / Kultur macht stark“ geben. Beginn wird voraussichtlich 14.30 Uhr sein.

Zu dieser Anhörung wird nicht nur der (Zwischen-)Evaluationsbericht der prognos AG debattiert werden, sondern auch unser Antrag zur Weiterführung/Verstetigung und qualitativen Weiterentwicklung des Programms aufgerufen werden.

Laut Aussagen der Bildungsministerin während einer großen Konferenz zum Bundesprogramm am 6. April 2016 wird das Programm über 2017 hinaus fortgeführt – wie es auch von Seiten der Programmpartner ausdrücklich gewünscht wurde. Zudem hat sie angekündigt, dass ab jetzt jährlich 5 Mio. mehr im Programm zur Verfügung stehen für kulturelle Bildungsprojekte mit Geflüchteten.

Allerdings machte Frau Wanka keinerlei Aussagen zum Volumen und zu konkreten – notwendigen – Änderungen. Darauf fokussiert nun unser Antrag, der einen breiten Dialogprozess zur Überarbeitung der Förderrichtlinie anregt (vor allem unter Einbeziehung der Programmpartner und der Länder und Kommunen) und ausgewählte Korrekturbedarfe benennt, so z.B. die Ausweitung der Zielgruppe auf junge Erwachsene, die Einbeziehung weiterer Risikolagen, auch die strukturschwachen Räume, die Vereinfachung der Antrags- und Abrechnungsmodalitäten, die Erhöhung der Verwaltungspauschale, die Übertragungsmöglichkeit von Mitteln ins nächste Jahr bei überjährigen Projekten, ...

Auch wenn DIE LINKE eine grundlegend andere Kulturförderung will und das Programm von Beginn an kritisch begleitet hat (Projektförderung statt Stärkung der Strukturen; Förderung

neuer Projekte statt bewährter Vorhaben; Exklusion von Bildungsbenachteiligten, um sie dann wieder zu integrieren ...) haben sich Sigrid Hupach und die Bildungspolitikerin Rosemarie Hein für diesen Antrag entschieden, da „Kultur macht stark“ enorm viel Geld für Kulturelle Bildung bedeutet und fast flächendeckend wirksam geworden ist.

Der Antrag ist unter der Drucksachen-Nr. 18/8181 im Dokumentationssystem des Bundestags eingestellt: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/081/1808181.pdf>

Zu den grundsätzlichen Überlegungen haben wir noch unseren Antrag zur Aufhebung des Kooperationsverbots im parlamentarischen Verfahren und werden einen Antrag zur Kulturellen Bildung bis zum Sommer einbringen, der unsere Ansätze und Positionen zur Kulturellen Bildung noch einmal verdeutlichen wird.

### **Urhebervertragsrecht**

Im Februar 2016 hatte Sigrid Hupach gemeinsam mit ihrer Kollegin Halina Wawzyniak, netz- und rechtspolitische Sprecherin der Fraktion, ein Fachgespräch mit Urheberverbänden zum Urhebervertragsrecht durchgeführt. Damals ging es noch um den in unseren Augen nicht ausreichenden Entwurf des Bundesjustizministeriums für eine Stärkung von Urheber\_innen und ausübenden Künstler\_innen.

Kurz danach beschloss das Kabinett einen Entwurf, der aus Sicht der Urheber\_innen und Künstler\_innen weit hinter dem Referentenentwurf und auch weit hinter der aktuellen Gesetzeslage zurückbleibt und in vielen Bereichen eine Schlechterstellung darstellt: <http://blog.die-linke.de/digitalelinke/weichgespuelt/>

Im Plenum beteiligten sich Sigrid Hupach und Halina Wawzyniak an einer umfangreichen Regierungsbefragung, die unter diesem Link nachvollzogen werden kann: [http://www.sigrid-hupach.de/fileadmin/btw2013hupach/dokumente/BT\\_20160316\\_Regierungsbefragung\\_UrhVR\\_Protokollauszug\\_18\\_160.pdf](http://www.sigrid-hupach.de/fileadmin/btw2013hupach/dokumente/BT_20160316_Regierungsbefragung_UrhVR_Protokollauszug_18_160.pdf)

Wir bereiten einen Änderungsantrag vor, der auf unserem Gesetzentwurf aus der letzten Legislaturperiode fußt und der gegenwärtig nochmals mit Vertreter\_innen der Urheberverbände diskutiert wird.

### **Gleichstellung im Kulturbetrieb**

Wie in den letzten Informationen berichtet, fand zu diesem Thema eine größere Anhörung statt. Grundlage dafür war ein Antrag der GRÜNEN, der im Februar nun abschließend im Plenum verhandelt wurde. Sigrid Hupach hat dazu erneut gesprochen, ihre Rede ist hier nachlesbar: [http://www.sigrid-hupach.de/fileadmin/btw2013hupach/dokumente/20160219\\_Hupach\\_Rede\\_Gleichstellung\\_steno.pdf](http://www.sigrid-hupach.de/fileadmin/btw2013hupach/dokumente/20160219_Hupach_Rede_Gleichstellung_steno.pdf)

Gegenwärtig warten wir gespannt auf die für Mai angekündigte Studie des Kulturrates zur Situation von Frauen im Kultur- und Medienbereich.

Cathleen Bürgelt